

Diese Zeitung erscheint
jede Woche Sonnabends.

Preis pro Quartal durch
die Post bezogen 1.
Eingetragen in die Post-
zeitungsliste Nr. 6482.

Anzeigenpreis:
Arbeitsvermittlungs- und
Bahnstellen-Anzeigen, die
3 gehaltene Kolon-Blätter
50.
Geschäftsanzeigen werden
nicht aufgenommen.



Der Proletarier

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verlag von A. Brey.
Druck von G. A. H. Meister & Co., beide in Hannover.

Berantwortlicher Redakteur: Sebastian Bräll, Hannover.
Redaktionsschluss: Montag mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition:
Hannover, Nikolaistraße 7, 2. Et. — Fernsprech-Anschluß 3002.

Arbeitskammern.

Die Haltung der Regierung in der Arbeitskammerfrage hat in Gewerkschaftskreisen hauptsächlich deshalb so starke Enttäuschung hervorgerufen, weil der Regierungsvorsteher in der Kommission erklärte, die Regierung könne ihre Zustimmung zur Errichtung der Kammern auf territorialer Grundlage nicht in Aussicht stellen. Ein anerkannter Sozialpolitiker, Dr. Hugo Sinzheimer, unterzog in der „Frankfurter Volksstimme“ den Gesetzentwurf einer eingehenden Kritik und führte aus:

In dem Reichstagsausschuss zur Vorberatung des Arbeitskammergesetzentwurfes ist es zwischen der Reichsregierung und der Mehrheit des Ausschusses zu einem Konflikt darüber gekommen, ob die vorgesehenen Arbeitskammern auf fachlicher oder örtlicher Grundlage errichtet werden sollen. Während sich die Mehrheit des Ausschusses für die örtliche Gliederung der Kammern entschieden hat, hat der Vertreter der Reichsregierung diesen Beschluss für unannehmbar erklärt und zu erkennen gegeben, daß die Regierung bei Aufrechterhaltung des Beschlusses den ganzen Entwurf scheitern lassen würde. Diese Meinungsverschiedenheit über eine scheinbar nur verwaltungstechnische Frage ist in Wirklichkeit das erste Signal für den tiefen sachlichen Gegensatz in der Grundauffassung des Wesens der Arbeitskammern, die auf der einen Seite der Regierungsentwurf, auf der andern Seite die Arbeiterbewegung vertritt. Das Interesse der Arbeiterchaft fordert wirkliche Machtfülle der Arbeitskammern. Damit das soziale Recht und das soziale Leben eine Förderung erfährt, ist es notwendig, daß nicht nur der Staat durch seine Bureaucratie von oben herab die erforderlichen Maßnahmen trifft, sondern daß auch besondere Verwaltungskörper dezentralisierte Art bestehen, welche in Zusammenfassung der gesellschaftlichen Kräfte, die jene sozialen Fragen bestimmen, von sich aus selbstständig, wenn auch innerhalb des Rahmens der allgemeinen Gesetze, das soziale Recht und das soziale Leben mitentscheidend pflegen. Als Gegenstände einer solchen sozialen Selbstverwaltung, deren Organe die Arbeitskammern sein sollen, kommen auf dem Gebiete des sozialen Rechts vornehmlich die Fragen des Arbeitsschutzes, des Tarifvertrags und des Schlüttungswesens in Betracht. Sie werden gefordert, wenn die Arbeitskammer dazu berufen ist, selbstständig statt staatlicher Zentralbehörden und Verwaltungsstellen die allgemeinen Arbeitsschutzgesetze im Wege der Verordnung auszuführen und auszufüllen, den Geltungsumfang der Tarifverträge auch über ihren Vertragsbereich hinaus auf Wissenseiter zu erstrecken und Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeiterausschüssen zu schlichten, wie auch Lohnkämpfe allgemeiner Art, für die das Einigungsamt der Gewerbegechte nicht ausreicht, friedlich beizulegen. Als Gegenstände des sozialen Lebens, für die die Arbeitskammern selbstständig tätig sein sollen, kommt hauptsächlich die Vereinheitlichung der in ihrem Bezirk vorhandenen sozialen Bestrebungen auf dem Gebiete des Arbeitsnachweises, der Herausbildung des jugendlichen Nachwuchses, der Wohnungs- und Ernährungsreform sowie ihre Förderung durch eigene Veranstaltungen und Untersuchungen in Betracht. Damit die Arbeitskammer alle diese Aufgaben lösen kann, müssen ihr obigeleichte Befugnisse beigelegt werden. Ohne sie ist eine wirkliche Selbstverwaltung nicht denbar. In diesem Sinne hat die sozialdemokratische Partei seit 1877 in ihren Entwürfen über die Errichtung eines Reichsarbeitsamtes, von Arbeitsämtern und Arbeitskammern den Gedanken der Arbeitskammern vertreten. In diesem Sinne hat auch Umbreit auf dem Kölner Gewerkschaftskongress im Jahre 1905 die Errichtung von Arbeitskammern gegen die Förderung weiterer Arbeiterkammern verteidigt, die der Kongress erhoben hat. In dieser Auffassung zeigt sich zugleich, daß in Wirklichkeit gar kein Gegensatz zwischen Arbeitskammern und Arbeiterkammern besteht. Denn ihre Aufgabe ist eine verschiedene. Die Arbeitskammer soll ein Verwaltungskörper mit bestimmten obigeleichten Befugnissen sein. Die Arbeitskammer will lediglich eine Repräsentation der Arbeiterinteressen sein, welche die Wünsche und Anregungen der Arbeiterchaft in der Öffentlichkeit und den Behörden gegenüber zur Geltung bringen soll.

Eine Organisation der sozialen Rechtshaltung und der Sozialpolitik im Wege der Selbstverwaltung liegt im Interesse der Arbeiterchaft, weil durch sie naturngemäß die Initiative auf den von ihr ergriffenen Gebieten gesteigert, eine größere Beweglichkeit und Lebendigkeit des sozialen Fortschritts gewährleistet und der Einfluß der Arbeiterchaft auf die Gestaltung der sie bestimmenden sozialen Verhältnisse festgestellt wird. Sie liegt aber keineswegs nur im Interesse der Arbeiterchaft. Denn auch der Staat gewinnt Vorteile, wenn er in dem sozialen Leben selbst Stützpunkte für die Erfüllung von Aufgaben findet, deren Lösung im öffentlichen Interesse liegt. Der Staat wird entlastet, wenn ein Teil seiner Aufgaben von Selbstverwaltungsgremien übernommen wird, und die in seinen Geichen niedergelegten Absichten treten wiederum hervor, wenn die Verwaltung dieser Geiche nicht nur ihren überlasteten allgemeinen Behörden, sondern besonderen, eigens organisierten sozialen Verwaltungskörpern obliegt. Und schließlich wird auch ein ausgeklärter Egoismus des Arbeitgeberiums einen Anstoß an Einrichtungen nehmen können, die unter weitgehender Beteiligung der Arbeitgeber die Durchführung der sozialen Gesetze den Händen der Bureaucratie entwinden, der nach den eigenen Plänen der Arbeitgeber nur zu oft das Verständnis für die Eigen-

art der zu regelnden Verhältnisse fehlt, und die zugleich durch Zusammenwirken von Arbeitgebern und Arbeitnehmern die Grundlage für ein friedliches Verhältnis zwischen den beiden Gruppen und damit für die Entwicklung der Produktivkräfte schaffen.

Der Regierungsentwurf hat nicht den Ehrgeiz, das große sozialpolitische Problem zu lösen, das durch solche Auffassung geschaffen wird. Er verzichtet im Grunde auf einen eigenen Plan und eine eigene Idee. Seine Bedeutung liegt in der destruktiven Tendenz, die er der geschilderten Grundauffassung gegenüber einnimmt. Während die Arbeitskammer ihrem Wesen nach eigene Machtfülle zur Ausübung einer Selbstverwaltungstätigkeit erhebt, ist das Bestreben des Entwurfes darauf gerichtet, die Arbeitskammern wirklicher Macht zu entkleiden und ihr jede entscheidende Befugnis abzusprechen. Wenn man die im § 3 des Entwurfes ausgesprochenen Aufgaben der Arbeitskammern durchsieht, so verbindet sie alle nur der eine negative Gedanke, daß sie nichts von sich aus selbstständig und entscheidend unternehmen können. Sie dürfen die Staats- und Gemeindebehörden durch tatsächliche Mitteilungen und Erstattung von Gutachten „unterstützen“. Sie dürfen „auf Ansuchen“ von Behörden bei Erhebungen „mitwirken“, nicht etwa von sich aus ein Enquerecht ausüben. Über den Erlass von Arbeitsschutzvorschriften darf sich die Kammer „gutachtlich äußern“, nicht aber selbst Arbeitsschutzgesetze durch eigene Verordnungen ausführen. Bei dem Abschluß von Tarifverträgen sollen sie „mitwirken“, ein Recht, die Geltung von Tarifverträgen zu erweitern, steht ihnen aber nicht zu usw. Man sieht deutlich, daß der Gelehrte das sozialpolitische Problem, um das es sich handelt, gar nicht lösen will, sondern in der gewohnten diplomatischen Art, die trotz vier Jahre langen Krieges offenbar immer noch in der Sozialpolitik besteht, Forderungen scheinbar zu befriedigen sucht, ohne den wirklichen sozialen Tendenzen in staatsmännischer Voraussicht gerecht zu werden. Eine Folge dieses Mangels an sachlichem Ernst sozialen Problemen gegenüber ist die Durchkreuzung sozialpolitischer Wirkungsmöglichkeiten durch kleine politische Gesichtspunkte. Eine Arbeitskammer kann nur wirksam arbeiten, wenn sie ein Ausdruck der großen sozialen Einheit ist, die durch das Dasein der abhängigen Arbeit gebildet wird. Dieser Einheit gehören alle an, die gegen Lohn im fremden Dienste die Grundlage ihrer Existenz finden, einerlei, ob sie Arbeiter im engeren Sinne oder Angestellte sind und ohne Rücksicht darauf, welcher Art die Arbeit ist, die sie verrichten. Der Entwurf durchschneidet diese Einheit, weil er diese Einheit politisch fürchtet. Er durchschneidet sie, indem er nicht nur die Landarbeiter und das Gefüide ausschaltet, sowie die Staatsarbeiter tatsächlich beiseite schließt, sondern auch für Betriebsbeamte, Werkmeister und Techniker, für Handlungsgehilfen und Handlungsbuchhalter besondere Angestelltenkammern errichten will. Man braucht nur an ein Gebiet wie die Wohnungswirtschaft zu denken, um sofort einzusehen, wie durch solche Trennung die Lösung der der Arbeitskammer zukommenden Aufgaben beeinträchtigt wird. Und der Entwurf durchschneidet jene Einheit zum zweitenmal, indem er die örtliche Errichtung von Arbeitskammern ablehnt und ihre Errichtung auf fachlicher Grundlage fordert. Durch eine solche sachliche Trennung der einzelnen Arbeitskammern untereinander wird die Arbeitskammer des Nährbodens beraubt, auf dem sich erst die rechte Selbstverwaltung erheben kann. Denn darin besteht der Segen jeder wirklichen Selbstverwaltung, daß ihre Träger sich gegenseitig anregen und befrieten. Sind die Regierungsvorlage die territoriale Gliederung ablehnt, zeigt sie, daß sie die Selbstverwaltung, die das Blut des Arbeitskammergedankens ist, nicht will.

Wenn die Arbeitskammervorlage weiterberaten werden sollte, so wird sich immer wieder von neuem die Verschiedenheit der Grundauffassung der sachlichen Lösung der einzelnen Fragen entgegenstellen, so daß sich die Frage auftut, ob es einen Zweck hat, weiterhin über eine Vorlage zu verhandeln, für die die Grundlage eines gemeinschaftlichen Willens fehlt.

Der Reichstagsausschuss hat erfreulicherweise an seinem Standpunkt festgehalten, indem er erneut beschloß, die Gliederung der Kammern soll auf territorialer Grundlage erfolgen. Außerdem ist er für Einbeziehung der Landarbeiter eingetreten. Hoffentlich nimmt auch das Plenum diesen Standpunkt ein. Es ist nicht einzusehen, weshalb in allen Fragen, in denen es sich vorwiegend um Arbeiterinteressen handelt, der Wunsch der Unternehmerverbände ausschlaggebend sein soll. Die Regierung kann nur an Ansehen gewinnen, wenn sie im Kampfe um die Gestaltung der Arbeitskammern sich einmal nicht auf die Seite des Stärkeren — das sind die Unternehmer — stellt.

Gleches Wahlrecht? — Heiterkeit rechts.

Die Wahlrechtsvorlage hatte am 4. Juli die fünfte Abstimmung zu erledigen. Es ist ganz überflüssig, zu sagen, daß die Beschlüsse der vierten Abstimmung lediglich bestätigt wurden, d. h. alle damals beschlossenen Berichtigungen der schon recht unzulänglichen Regierungsvorlage blieben bestehen. Sie betreffen in der Hauptiache, wie wir bereits in Nr. 25 des „Proletariers“ dargelegt haben, das Pluralwahlrecht, die Verlängerung der Wahlhakdauer, die wunderhübsche Zusammensetzung des Herrenhauses, das Wiederbestehen der alten ungerechten Wahlkreiseinteilung und die Sied-

rungen. Wie das Klingt! Wie das schmerzt! Als ob man die Hiebe auch physisch empfände. Sicherungen gegen die Demokratie, Sicherungen gegen die Rechtsansprüche der großen Masse des Volkes, Sicherungen gegen ein blutendes Volk, dem wohl gleiches Recht im Schlüngengraben zuteilt wird, nicht aber zu Hause in der preußischen Heimat, die sie mit Blut und Leben beschützt und verteidigt haben.

Als der Abgeordnete Hue in der Sitzung des Abgeordnetenhauses ausführte: „Das Volk erwartet schnelle Entscheidung und unverzügliche Auflösung des Hauses“, da er sich Heiterkeit rechts. Ohne daß ein Regierungsvorsteher sich „ausgesetzt hätte, wurde die verhunzte Wahlrechtsvorlage gegen die Stimmen der Mehrheit des Zentrums, eines Teiles der Nationalliberalen, der Fortschrittl, der Posen, der Sozialdemokraten und der Dänen angenommen. Als von der Linken der Ruf erscholl: „Und die Regierung? Die Regierung schweigt“, da erkönte wiederum Lachen rechts. Über wen und über was haben die Herren wohl gelacht? Darüber möge sich der Leser selbst klar werden. Nunmehr haben die Herren des Herrenhauses das Wort, denn die haben auch noch etwas zu sagen. Allerdings ist ihre Sprache schwer verständlich, denn sie handeln und reden entsprechend den Zeitverhältnissen, die wir nur aus Erzählungen kennen. Damit haben wir, trotz der Kürze, einen erschöpfenden Bericht über den gegenwärtigen Stand der Wahlrechtsvorlage gegeben, dessen schärfste Kennzeichnung die stereographischen Aufzeichnungen der Landtagsverhandlungen vom 4. Juli 1918 zum Ausdruck bringen in der Anmerkung: Lachen rechts!

Was ist Bevölkerungspolitik?

Wer nicht mit Blindheit geblendet, wird im Gegensatz zu den Politikern der alten Schule und gewisser freiheitfeindlicher Cliquen, sich der Erkenntnis nicht verschließen können, daß der Krieg in der ganzen Ausdehnung unseres gesellschaftlichen Daseins eine revolutionäre Umwälzung herbeizuführen magte. Vor allem hat die große Tragödie der letzten Jahre mit der Menschentötung gegenüber den arroganten Rechtsvertretern der Herrenklasse zur Folge gehabt, daß die Arbeit, und mit ihr das arbeitende Volk, jetzt öffentlich eine jährl. höhere Bewertung für sich in Anspruch nehmen kann. „Die Arbeit, sie ist die Quelle alles Reichtums und die Grundlage aller Kultur einer Volksgemeinschaft“; denn nur durch sie ist es möglich, daß was zerfällt und vernichtet wieder hergestellt und das ganze Produktions- und Wirtschaftsgetriebe in neu geordnete Bahnen zu lenken. Daher steht bei der Neuorientierung unseres öffentlichen Lebens das Problem der sogenannten Bevölkerungspolitik im Vordergrund, gleichbedeutend mit der Anfrage: Die Zahl der geistigen und materiellen Werte erzeugenden Menschenkräfte zu vermehren und deshalb die Volkszunahme mit allen städtisch erlaubten Mitteln zu fördern. Die Grundlagen dieser Politik, die auch als „Volksgründungspolitik“ bezeichnet werden kann, ist die Mutter- und Sängergesetzgebung, die Familienförderhilfe und die Wohnungswirtschaft. Und wie zu erwarten, wird man sich dabei endlich von dem Vorurteil gegen die uneheliche Mutter- und Sängergesetzgebung freimachen. Zur Zusammenhang mit diesem großen Problem stehen aber noch eine Zahl von andern Aufgaben und Fragen, die, wie die Volksnährung und der Arbeitsschutz, unbedingt eine Lösung erfordern oder damit fortläufig zur Austragung gebracht werden müssen.

Es ist eine nicht unbedeutend zu lauschende Ercheinung, daß in der Zeitspanne langer Friedensjahre die Vertreter der beständigen Klasse oder der sogenannten „Herrenklasse“, den gesellschaftlichen Wert des Menschen durch die geldlichen Kosten der Auszüchtung wie die Ausgaben für Nahrung, Schule, Lehrauhre, Studien usw. festzulegen versuchten. Damit sollte festgelegt werden: je größer diese Kosten, je größer der Menschenwert und das Maß der daraus hergeleitenden Rechte. Dabei wurde aber unvermeidbar objektiv unterlassen einzuhalten, daß eine derartige Einschätzung auch jetzt sehr problematisch wäre, wenn der Mensch nicht nach dem äußeren Schein, sondern, entsprechend seiner Erziehung, mit nach seiner Leistung für die Volksgemeinschaft bereit werden würde. Auch der künftig konstituierte Lehrerbildungstheorie, die von Zeit zu Zeit vor dem Kriege zur öffentlichen Erörterung gebracht wurde, lagern reale und praktische Motive zugrunde. Ohne sich der Beschäftigung von anderthalb Millionen ausländischen Arbeitern in Deutschland zu erinnern, wurde Arbeitslosigkeit, Lebensmittelverteilung, Wohnungsnar, Rückgang der Kindererziehung usw. damit begründet. Daher wurden dreizehnjährige Ereignisse, Volkszahlen, Zunahme der Kinder- und der jugendlichen hohen Sterblichkeit als ein natürlicher Regulator der Bevölkerungswachstum angepriesen. Im übrigen aber wird die Rotschwärze des Besitzes von überseelichen Kolonien mit der Volksvermehrung begründet. Ohne dem Deutschen Reich den Besitz von Kolonien abtreppen zu wollen, dürfte es doch wohl als sehr fragwürdig erscheinen, ob jüngst eine neuenartige „Nebenbevölkerung“ nach diesen Landesteilen wird ableben können.

Die jetzt eröffnete Bevölkerungspolitik, wobei dem Reichstage, der Gesetzgebung, den Krankenkassen und nicht zuletzt auch den Gewerkschaften wichtig, vielleicht praktische Aufgaben zuweilt sind, ist durchaus keine neue Ercheinung. Nach jedem Kriege und nach jeder Seuche mit beträchtlichem Menschenverlust ist „Bevölkerungspolitik“ getrieben worden. Seither die Naturvölker rücken durch Auswandern, Zonen von jugendlichen Kindern und Jugendlichen hier „herrschen“ einzuziehen. Auch andernorts haben zu allen Zeiten Volkszüchter, Fürsten und Staatsleiter mit mehr großzügigem Bild für ihre neugierigen Landesteile, sich im wirtschaftlichen und politischen Interesse einer Bevölkerungspolitik angelehnt. Ein Bild zu dieser Ercheinung zeigt die Volkswanderung der Hirtenvolker, auch vereinzelter oder dauernderer Volkszüchtung vor und in den ersten Jahrhunderten unserer Zeitrechnung. Auch die Geschichte der nördlichen Zeit gibt hierzu einige recht interessante Beispiele. Aber eben davon, daß jüngst in der Reformationszeit es als ein offenes Geheimnis angesehen wurde, daß Männer und selbst frische Würdenräger mit Frauen im Kontubinat leben. Wir wissen, wie Luther dagegen eine schärfste Sanktion einnahm und mit seinen Philippalen dazwischen jährt. Nach dem Dreißigjährigen Kriege, wo das Land, Städte und Dörfer zerstört und Menschen sterben, wurde die Männer sogar leer auch während des Friedenszustands das Bevölkerungsproblem mit zwei oder drei Frauen gestaltet. Durch körnige und geistige Bevölkerung wurde den Frauen der Verlust und die Kindererzeugung sehr nahegelegt. Wir wissen wie einzelne reiche Häuser die Auswanderung der Provinzien aus Tirol, Südtirol und aus Frankreich (Hugenottenanwanderung) nach ihren Landesteilen

begünstigten und so ihren Bandeskindern frisches Blut zuführten oder sonst die gleichzeitige Zucht- und Auszucht zu unterstützen wußten. Friedrich Wilhelm I. in Preußen und andre, wie auch sein großer Sohn Friedrich II. förderten die Verheiratung von gesunden, großen und starkgebaute[n] Personen. Dem Geist der Zeit entsprechend wurde hier die rationelle Menschenvermehrung wie vom Standpunkt der Viehzucht betrieben; wobei aber immerhin nicht die Methode, sondern der Erfolg als das Entscheidende anzusehen sein wird.

Im übrigen ist es nun doch eine ewige Wahrheit, daß der Krieg als ein Unglück für alle Völker, unter den Tüchtigsten und Kräftigsten zuerst und zuletzt unter den Schwächeren auftritt. Ein längerer Krieg bedeutet deshalb für jedes kriegsfähige Volk der Ausgang zu einem Prozeß der Degeneration. Der jetzige Krieg hat eine ungeheure Zahl von gesunden, starken, zeugungsfähigen und intelligenten Männern aus allen Klassen der Bevölkerung vernichtet. Nach der absoluten Zahl wird die Arbeiterklasse dabei in den Vordergrund treten, jedoch wird sich später das ganze Bild noch in einem andern Lichte zeigen. Hochwertige Kräfte aus den Kreisen der Intellektuellen wie Lehrer, Hochschullehrer, Künstler, Techniker, Ingenieure, Betriebsleiter und Hochqualifizierte aus der Arbeiterklasse sind tot oder zu Krüppel geschossen, oder sonst durch Krankheit und Siechtum unbrauchbar geworden, unersetzbare, aber sicher erst nach Jahren zu erkennen. Hieraus folgert sich nicht nur eine Einkrüppelung in geistiger und sittlicher Erziehung, sondern auch einen unermesslichen Verlust zum wirtschaftlichen Neuaufbau unserer ganzen produktiven Kraft. Deshalb ist der Ausstieg der Begabten eine dringende Forderung der Zeit!

Das Deutsche Reich hatte im Jahre 1913 rund 67 Millionen und 1914 68 Einwohner. Als maßgebend für die Bevölkerungsvermehrung muß selbstverständlich der Geburtenüberschuß angesehen werden. Die durchschnittliche Zunahme der Bevölkerung betrug jährlich bei uns in den Jahren 1900—1910 855 881 Personen. Im Jahre 1913 betrug die Zahl der Geborenen 1 894 593, und die der Gestorbenen 1 060 793, demnach ergibt sich in dem letzten Jahr vor dem Kriege ein Überschuß von 833 800 Geborenen. Auf 1000 Einwohner kamen Geburten im Durchschnitt des Jahrzehnts: 1871/80 40,7, 1881/90 38,2, 1891/1900 37,4, 1901/10 33,9, 1911 29,5, 1912 29,1, 1913 28,3. Auf 1000 Einwohner kamen Sterbefälle: 1871/80 28,8, 1881/90 26,5, 1891/1900 23,5, 1901/10 19,7, 1911 18,2, 1912 16,4, 1913 15,8. Wir sehen hier eine erfällige Abnahme der Geburten und der Sterbefälle. Die Zunahme der Bevölkerung ist deshalb zu einem nicht unbeträchtlichen Teil auf die Abnahme der Gestorbenen zurückzuführen. Nach den Pressemeldungen vom 16. Februar d. J. teilte die preußische Regierung mit, daß die abgeordnetenhaus dem bevölkerungspolitischen Ausschuß mit, daß der Geburtenausfall im Kriege weit höher sei als die Zahl der Gefallenen, und daß die Geburtenzahl auch nach dem Kriege den früheren Stand nicht erreichen dürfe.

Wenn demnach immer wieder fröhliche Freiheit die Unricht vertreten, daß wenn man mehr Kinder haben wolle, so müsse der religiöse Glaube wiederhergestellt werden, so ist das ein Szenario und auch nicht möglich. Eindeutig hierbei ist die soziale Lage der großen Masse des Volkes. Und im übrigen lehren auch die Erfahrungen, daß mit einer starken Zunahme der Geburten auch eine Zunahme der Kindersterblichkeit, besonders in den ersten Lebensjahren, verbunden ist. Die Zeit der Vielkinderehe ist unbedeutlich verhei. Gest heißt es mit allen Mitteln gegen Vollstabilitätsungen wie Krankheitsgefahren, wirtschaftliche Not, Arbeitslosigkeit usw. die Menschenüberfülle und die Lebensdauer der Geborenen zu erhöhen. Und darüber wird die politisch-geographische Lage Deutschlands gegenüber dem östlichen Nachbar mit den sehr fruchtbaren slawischen Volksstämme nicht außer acht zu lassen sein. Die „Slawische Welle“ bedeutet eine nicht unbedeutliche Gefahr für den Bestand des Deutschen Reiches. Die Bevölkerungszunahme des russischen Staates betrug z. B. im Jahr 1910 1 136 899 Personen. — Wie im „Reichsarbeitsblatt“, Bd. IX, 1911, sehr gut ausgeführt wird: „Bedingt die Erhöhung einer gesunkenen Lebensdauer auch eine durchschnittliche Erhöhung der produktiven Kraft.“ Daraus mittheillich betrachtet erhält man 15. Lebensjahre an ein jedes Lebensjahr 300 Arbeitstage; wobei auch die möglichen Arbeitstage der Strafgefangenen nicht außer acht gelassen werden. Nach der amtlichen Statistikverbindung der neunziger Jahre (1881—1900) ergab sich für das männliche Geschlecht eine mittlere Lebensdauer von 40,56 und für das weibliche Geschlecht 43,97 Jahren. Diese Lebensdauer hat innerhalb der vorbeschriebenen zwanzig Jahren mit fünf und bei den Frauen mit fünfzehn Jahren zugenommen. Zugleich rücken wir noch immer hinter den besten Nachbarstaaten zurück. In Schweden, wo die Verhältnisse am amüsigsten liegen, beträgt die mittlere Lebensdauer für das männliche Geschlecht 50,91 und für das weibliche Geschlecht 53,63 Jahre, sie ist also um viele Jahre höher als bei der Bevölkerung des Deutschen Reichs. Amüsant zeigen sich die Feststellungen des Statistischen Landesamtes für Sachsen, wonach im Zeitpunkt 1906—1910 die mittlere Lebensdauer des männlichen Geschlechtes auf 46,42 und beim weiblichen Geschlecht auf 49,03 Jahre gelegen ist.

Der Abdruck haben wir mit einem betrübliechen Verantwortungsgefühl
reichen, der schon 1913 833 800 Personen betrug. Der unheilige
Gefühlsausbruch wird dadurch mehr vorstieliger und als jämmerlich zu
sein angesehen sein. Das moralische Moment kann hier nicht darum
gehen, das gesellschaftliche Aufrägen der unheiligen Mutter und ihres
Kindes beizustimmen; denn um möglichst eine pflichterfüllende Mutter
zu haben, gehört mutiger Mut und Kraft. Deswegen ist die Bildung
eines jenen Sohnes zu fordern und gesetzlich zu ver-
hindern. Die Bekämpfung der Geisteskrankheiten bildet einen weiteren
Teil der Selbstverteidigung und einer höheren Wirkungsfähigkeit der Gesellschaft.
Siehe eine Mutter und Erziehung von Personen — gegen jedes ge-
schlechtliche Handeln — vorgegangen werden will.

Die Zahl der Freig. geprägt hat, ist eine große Zahl von Personen
die jetzt bis zum 40. Jahre — jenseitig bis zum 50. Jahre und darüber
ausser ordentlichen und haben „Sindet der Friede“ in Tag- und Nacht-

Papiergarn — Zellstoffgarn.

Die Papiergewinnung ist in den industriellen Zentren der
Amerikas, insbes. in New England und New York ein
sehr wichtiger Zweig der alten Industrie ist. Nach Mein: Japan nach
China und Europa" wurden bereits vor 90 bis 100 Jahren in Japan
Papiermaschinen eingeführt. Ein großer Teil der heutigen
Wirtschaftsweise Japanischer Unternehmungen ist das Fraktionieren, wie z. B. im
Papier, Eisen, Kohle, Stahl, Holz, Textilien, Elektrotechnik.
Papier und seine Herstellungsmethoden sind im handwerklichen Ver-
trage in Japan verboten. Vor ungefähr 40 Jahren fand die Papiergewin-
nung in Yokohama in Japan noch in reicher Blüte, als sie von den
Alliierten ausländischen Unternehmen mit schädigendem Wettbewerb wurde. Seit
dem Ende des Krieges haben in Japan nur noch ein kleiner
Japaner Papier herstellende Papierfabriken im Gange ge-
blieben.

Die Ausdehnung der Willkür Staatsbediensteter wird auch in Deutschland die Entwicklung der Sozialstaatlichen empirischen, ja bis jetzt den Untersuchungen des politischen Sozialstaates nicht möglich war, diese Erweiterung ist ein wesentlicher Vorteile der Sozialen im Vergleich zum älteren Kapitalistischen und im Feudalistischen, im Ritter Clodius, in allen I. S., war es immer noch so, dass die Ausdehnung der Willkür Staatsbediensteter durch die politische Verwaltung nicht möglich war, die Sozialen sind nun allerdings erheblich mehr davon abhängig. Die Ausdehnung der Willkür Staatsbediensteter ist eine der ersten neuen Art von politischen Maßnahmen.

Seit dieser Entfernung ist nicht mehr zu hören, ob es sich um eine
gewisse Art von Verhandlungen handelt. Sicher aber, dass die Preise
gewisse Formen und andere Werte von der Freiheit und dem
Wohlstande, die anderen Bevölkerungen haben den Preis
der Güter nach diesen Verhältnissen angehoben wie vor dem Kriege. Das
Mittel der Regierung ist nunmehr, durch die Freiheit, aus der der
Krieg die Güter und zu den Preisniveauen zu geben. Der
Frieden soll nun als einer Vertrag in Flüchtigkeiten auf dem
Platz der Freiheit für das Land zu haben und die Freiheit ist
durch diese Art von Preisniveauen zu erhalten. Das Preisniveau
wird durch diese Preisniveauen über den Platz und die Güter und der
Preisniveauen ist nicht ohne Menge gesehen. Sie kann bei
einer gewissen Art die Güter nicht mehr, sondern im Übrigen
sind sie nicht zu kaufen oder zu verkaufen ausser durch die Freiheit.

schichten ihre Pflicht erfüllt. Deshalb muß es die Verringerung der lebensfähigen Kreise der bevölkerungspolitischen Ziele sein, die durchschnittliche Lebensdauer der Bevölkerung durch wirksame Gesundheitsvorlehrungen auf 60 bis 65 Jahre zu erhöhen. Zu diesen Maßnahmen gehört auch der gewerbliche Arbeitsschutz, wobei auch den Gewerkschaften durch ihre praktischen Erfahrungen ein nicht unbeträchtlicher Teil dieser Aufgabe zufallen wird.

Legitimen Sinfeln zu Hause. Hauptfächlich unter dem Einfluß der Franzosen haben in den letzten Jahren vor dem Kriege das Auspreßsen des Sees und die Seifensiederei große Fortschritte gemacht. An die Stelle der alten Spindelpressen sind hydraulische Preßzen getreten, und die Seifensieder haben sich moderne europäische Verfahren zu eigen gemacht. In der Hauptstadt erzeugt die türkische Seifensiederei gewöhnliche Waschseife, die Erzeugung von Toilette seife nimmt aber stetig zu. Einen großen Nebenbühlter hatte vor dem Kriege die türkische Seife in der englischen Seife. Da nach Friedensschluß die fremde Seife teurer sein wird, wird die einheimische besser gegen sie austreten können. Die türkische Seifen industrie könnte noch sehr erweitert werden, so daß sie den ganzen Bedarf des Reichs decken könnte, wenn die Delbaumkultur ausgedehnt würde. Der Delbaum würde noch in vielen Gegenden gedeihen, wo er heute nicht vorkommt, man brauchte ihn nur anzupflanzen. Insbesondere in Shrien könnten noch viele Millionen Delbäume gezogen werden. Während des Krieges hat man viele Tausende niedergeschlagen und sie zusammen mit Mausbeerbäumen unter den Lokomotivkesseln der syrischen Eisenbahnen verbrannt.

Chemische Industrie

Die chemische Industrie in der Türkei.

Chemische Industrie

Die chemische Industrie ist in der Türkei noch gar nicht entwickelt, fast alles, was sie an Chemikalien braucht, muß sie aus dem Ausland einführen. Es gibt in der Türkei eine einzige Schwefelsäurefabrik, die aber ausschließlich für die staatliche Pulverfabrik in Malatiköy arbeitet. Außer Schwefelsäure werden noch einige kosmetische Artikel erzeugt, wie Toiletteseife, wohlriechende Wässer, Pflanzenfarbstoffe usw. Der Krieg hat einige Fortschritte gebracht. Es wurde die Erzeugung von Wundwatte — wenn wir die zu den Chemikalien rechnen wollen —, von Jod und Chinin aufgenommen. Großen Umfang nahm die Nachahmung ausländischer kosmetischer Artikel an, die in echten Flaschen verkauft werden. Auch pharmazeutische Präparate wurden nachgemacht.

Die Voraussetzung für die Entfaltung der chemischen Industrie ist die Erzeugung von Schwefelsäure. Hierfür liegen die Verhältnisse nicht ungünstig. In Kleinasien gibt esreichliches Vorkommen von Schwefelverbindungen, die als Rohstoff für die Erzeugung von Schwefelsäure dienen können. Das von Ketschi-Burlu im Kas von Sparta, Bilajet von Aidin, wird jetzt sachmännisch ausgebeutet und soll, nach amtlichen türkischen Versicherungen, den ganzen Schwefelbedarf der Türkei decken. Es wäre sehr wichtig wenn bisher waren die türkischen Winzer ganz auf die Schwefelzufuhren aus Sizilien angewiesen, die natürlich während des Krieges unterbrochen wurden.

Die Tüttei besitzt auch noch andre Stoffstoffe für die chemische Industrie, so beispielsweise Salz, Erdöl, Phosphate, Borazit, Bromverbindungen usw., dann verschiedene Drogen, wie Opium, Saloquinten, Süßholz, Farbpslanzen usw.

Daß in absehbarer Zeit in der Türkei eine chemische Industrie
großen Stils entstehen werde, ist nicht anzunehmen, wenn auch
einzelne Zweige auslöschen werden. Da die Türkei nur wenige
Steinkohlen besitzt, so scheiden von vornherein jene Zweige der
chemischen Industrie aus, die sich auf der Verarbeitung des Teer-
aufbaulen, also unter andern die Farben- und Teerölherzeugung,
für die geringen Mengen von Teer, den die paar Gaswerke und
die Kraftstationen von Sunguldag erzeugen, wird man eine andere
weitere Verwendung finden.

Soda ist für die Türkei ein wichtiger Artikel, der ganz aus dem Auslande eingeführt werden muß. Für das Reich wäre es ein Gewinn, wenn Soda aus dem einheimischen Salze gewonnen werden könnte. Das wird aber schwer möglich sein, denn in der Nähe der Salzläger gibt es keine Kohlen und andre Rohstoffe für die Sodaerzeugung, und bei dem Mangel an Verkehrsmitteln ist es zu teuer und umständlich, das Rohsalz zu den Kohlenlagern zu bringen. Von der Gestaltung der Dinge in Mesopotamien durch einen Friedensschluß wird es abhängen, ob die Türkei an die Schaffung einer chemischen Industrie denken kann, die sich auf dem Erdöl aufbaut. Wenn das tote Meer an das palästinische Eisen- und Kohlengebiet angeschlossen würde, könnte sich dort eine chemische Industrie entwickeln, wo es eine Menge von Rohstoffen dafür gibt wie Phosphate, Bitumen usw.

Bon Belang für die Türkei ist unter anderm jener Zweig der chemischen Industrie, der sich mit der Ausziehung von Duft-, Gerbstoffen und Farbstoffen beschäftigt, also die Erzeugung von Duftstoffen wohlriechenden Wässern und andern kosmetischen Artikeln, Gerbstoffextrakten usw. Ein zweiter Zweig der chemischen Industrie hat eine Zukunft hat und schon heute eine große Rolle spielt, ist die Seifenfabrikation. Die Extrainsdustrie und die Seifenfabrikation sind vorläufig die beiden einzigen ausichtstreichen chemischen Hauptzweige in der Türkei.

Die Seidenindustrie ist schon derzeit einer der blühendsten Industriezweige der Türkei und noch eines großen Aufschwunges fähig. Sie ist in den Gebieten Beßlemaßens und der

Im Blaufarbenwerk in Niederpfannenstiel bei Aue erfolgte am 24. Juni, morgens gegen 5 Uhr, eine Kesselauslösung, wobei der verheiratete Kesselheizer Arnold aus Lößnitz getötet wurde. Die Ursache der Explosion ist nicht bekannt.

Papier-Industrie e.o.e

„Liebe Kinder!“

„Mit großem Vergnügen konstatiere ich, daß ihr alle, ohne Ausnahme, sozialistischen Strömungen euch nicht angegeschlossen habt, und ich versichere euch, ihr habt damit unbedingt das Richtige getan, ihr habt euer und eurer Familien Wohl und das eurer Zukunft damit am besten gewahrt! Ihr habt unter diesen schweren Zeiten nicht zu leiden, ihr habt gute Lohnsätze, und hoffentlich wird es nie notwendig werden, dieselben zu ermäßigen!“

Diese Worte prangten am Weihnachtstag des Jahres 1878, kurz nach dem Erlass des Sozialistengesetzes, an der Anschlagetafel der München-Dachauer Maschinenpapierfabrik. Die Arbeiterschaft dieser Firma freute sich damals wie kleine Kinder über das gespendete Lob; waren sie doch liebe Kinder gebücher, denen von der Direktion sogar das „hochherzige“ Versprechen gegeben wurde, daß es hoffentlich niemals notwendig werden wird, die Lohnsätze zu ermäßigen. Bis lange nach dem Ausbruch des Weltkrieges blieb der größte Teil der Arbeiterschaft dieses Unternehmens der auf ihre „angestammte Liebe zur Firma“ gesetzten Hoffnung treu, und „mit Vergnügen“ konnte die Direktion der Gesellschaft konstatieren, daß ihre Arbeiterschaft sich den gewerkschaftlichen Strömungen nicht angeschlossen hatte und täglich 12 Stunden für einen Lohn von 3 Mk. oder nur wenig mehr darüber arbeitete. Die wirtschaftlichen Verhältnisse in der Kriegszeit haben auch dieser Arbeiterschaft die Erkenntnis beigebracht, daß die Rolle des „lieben Kindes“ nicht ausreicht, um sich und ihre Familien zu ernähren. Die Arbeiter und Arbeiterinnen haben sich deshalb zum größten Teile ihrer Berufsorganisation angeschlossen und mit Hilfe derselben recht anerkennenswerte Erfolge erzielt. Dabei soll anerkannt werden, daß besonders von Seiten der Generaldirektion den Forderungen der Arbeiterschaft ein gutes Verständnis entgegengebracht wurde.

In vielen andern Betrieben hat aber die Papierarbeiterenschaft trotz aller Kriegsnöte den Mut noch nicht gefunden, um sich mit Hilfe ihrer Organisation erträgliche Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu schaffen. Besonders in der erzgebirgischen, schlesischen und bohemischen Papierindustrie wird noch für wahre Hungerlöhne gearbeitet. In verschiedenen andren Provinzen und Landesteilen des Reiches sieht es nicht besser aus. Viele dieser Berufskollegen und -kolleginnen fühlen sich in der Rolle des „lieben Kindes“ schon längst nicht mehr wohl. Teilweise tappen sie aus Unkenntnis unter den traurigsten Lohn- und Arbeitsverhältnissen ihren Lebensweg dahin, öftmals aber fehlt ihnen auch der Mut, sich durch die gewerkschaftliche Selbsthilfe aus ihrer wirtschaftlichen Bedrängnis zu befreien. Die Angst vor dem Unternehmer, die Furcht, entlassen zu werden, wenn sie sich ihrer Berufsorganisation anschließen, hält diese Arbeiterschaft von dem Wege der Selbsthilfe ab. Durch ständige unaufhörliche Ausklärung unter Mitwirkung der organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen kann diese Arbeiterschaft

Stäben in kleinste Teile zu zerschneiden, die Festigkeit außerordentlich herabzusetzen und dadurch den Wert zu verringern. Durch das Kleinschneiden ist auch der Papierball im Werte heruntergegangen. Durch Drehen des Papierstückes wird die Festigkeit anstatt erhöht, ebenfalls noch heruntergegangen.“

Dieses Unternehmeturteil über den Wert der Papiergarnerzeugnisse weicht allerdings ganz erheblich ab von dem Urteil des jüngsten Industriellen, die an der Spinnpapier- und Papiergarnerzeugung persönlich interessiert sind. Trotzdem wir an dieser Frage auch nicht ganz uninteressiert sind, weil heute wohl bald der größte Teil unserer Berufsskollegen aus der Papier- und Zellstofffabrikation den Rohstoff für die Papiergarnerzeugung herstellt, können wir uns doch nicht zu unbedingten Befürwortern dieser Fabrikate ausschwingen. Das soll uns aber nicht hindern, den technischen Fortschritte auf dem Gebiete der Papiergarnerzeugung keine Anerkennung zu zollen. Auf Grund einer kleinen Musterfaktion, die uns zur Verfügung gestellt wurde, wollen wir diese Frage

Neben dem Bindjaden- und Seilersatz, der bis zu einem gewissen Grade wohl in der Lage ist, die Hanfzeugnisse zu verdrängen, bilden besonders die Wandbeliegungsartikel aus Papierstoff einen schönen und brauchbaren Ertrag für die Fabrikate der Textil- und Linoleumindustrie. Die rechtzeitig gejähmavoll wirkenden Wandteppiche sind zweifellos geeignet, die Linoleum-, Textilstoff-, Gesichtsmatten-Bekleidungen zu verdrängen. Für Arbeitserwohnungen sind sie allerdings nicht zu empfehlen, da ihre Eigenschaft als Staubhänger zur Reinigung eine maschinelle Abzugung bedarf. Recht verfehlungsvoll sehen auch die lackierten Linoleum- und Linoflora-Erzeuggewebe aus. Als Wandbekleidungen und Einlagen auf Tischen und Säulen, vielleicht auch als Läufer erscheinen sie recht-

geeignet. Die Geschmeidigkeit und Hähigkeit, besonders der engmaschig gewebten Zute-Verarbeitungsse, ist zweifellos geeignet, die Zute aus der Südeinführung und aus den übrigen Zute verarbeitenden Industrie- und Handwerksbetrieben zu verdrängen.

dem Verbande zugeführt werden und dadurch einen günstigeren Lebensraum bestreben.

Schwerer als diese gleichzeitig dahin lebenden Arbeiterschichten sind aber jene dem Solidaritätsgedanken zugänglich, die sich aus egoistischem Interesse dem Unternehmertum zur Bekämpfung und Niederschaltung ihrer um bessere Lebensverhältnisse ringenden Klassengenossen zur Verfügung stellen. Wir meinen damit die Arbeiterschichten und Arbeiter, die sich von dem Unternehmertum in den gelben Sumpf ziehen lassen, um hinter dem Rücken ihrer übrigen Arbeitskolleginnen und -kollegen im trüben zu fischen, die sich dem Unternehmertum als willige kleine Kinder anschließen, um durch Schmarotzerei einen besseren Lohn als die übrige Arbeiterschaft zu erlangen oder auf der Rangleiter eine Stufe höher zu kommen. Machinenführer, Vorarbeiter oder Werkmeister zu werden. Haben diese Elemente dann ihr Ziel erreicht und im Betriebe etwas „to seggen“, dann sehen sie ihre höchste Kunst darin, ihre früheren Mitarbeiter zu schikanieren, und vergessen dabei ganz, daß auch sie als Arbeiter geboren wurden. Womach dieser kleinen Kinder ist mit Berufskennlinien so wenig begnügt, daß es ohne eine geübte Arbeiterschaft und ohne die Protektion des Unternehmers nicht in der Lage wäre, seine Stelle voll auszufüllen. Fällt dann ein solches Element bei seinem Unternehmer in Ungnade, dann ist mit einem Schlag der Glanz des Unternehmertums erloschen.

Außerordentlich schwer ist es, solche Leute von der Werksamkeit ihrer Handlungsweise zu überzeugen, und noch schwerer ist es, diese „kleinen Kinder“ beim richtigen Namen zu nennen, ohne mit der Staatsanwaltschaft in Konflikt zu kommen. Und trotzdem kann es nicht schaden, wenn diesen Komplizen der Unternehmer von Zeit zu Zeit ihr Spiegelbild unter die Nase gehalten wird:

Diese Zammergestalten, die keine Kollegialität kennen und die Gebote der Solidarität mit Füßen treten, beklagen sich über Mangel an Kollegialität, sie lehnen das Zusammenwirken mit den organisierten Berufsgenossen zu der Erzielung eines besseren Tariffs rundweg ab. Werkmürdige Leute, diese Schmarotzerpsionen, die die Früchte genießen wollen, ohne daß sie den Baum gepflanzt haben, die sich an den Tisch setzen, den andre gedeckt haben, die die Pastanien verzehren, die ihre organisierten Kollegen aus dem Feuer geholt haben. Aus wirtschaftlichen Gründen ist es eine Lebensfrage für Arbeitersorganisationen, möglichst alle Berufskollegen in sich zu vereinigen, da nur eine starke, lückenlose Organisation die Gewähr des Erfolges bietet; aus moralischen Gründen ist es eine Pflicht für jeden Arbeitgeber, durch seinen Beitrag zur Organisation dafür zu sorgen, daß die Organisation lückenlos bleibt. Hieraus ergibt sich die Stellung der organisierten Arbeitgeber zu ihren unorganisierten Kollegen ganz von selbst. Sollten wir etwa auf die Unkollegialität, auf das Schmarotzertum eine Prämie sehen? Das wäre ein ganz unbilliges Verlangen und ein Hohn auf die soziale Moral.“

Kräftige Worte sind es, die hier den Arbeitgebern und ihren „kleinen Kindern“ ins Gesicht geschleudert werden. Sozialistische Arbeit wurde beim Lesen dieser Zeilen der verstorbene Kommerzienrat Brückner, der Vater der Gelben in der Papierfabrikation, gesagt, und dabei die Zustimmung seines „Obergärtners“ Dittes, des eifrigsten Pflegers der gelben Sumpfsämlinge, gefunden haben. Und trotzdem sind es nicht wir, die diese Kennzeichnung der Unternehmer und ihrer Lieblinge schreiben. Ein dem Unternehmertum sehr nahe stehendes Organ, die „Westdeutsche Malerzeitung“ vom 29. März 1913, das Verbandsorgan der rheinisch-westfälischen Malermeister ist es, die den Unternehmern und ihren „Zammergestalten“ diese treffenden Sätze ins Stammbuch schreibt.

Keine Interessenvertretung der Arbeiterschaft hätte das Verhalten gewisser Unternehmer und ihrer „kleinen Kinder“ besser zeichnen können, als es durch diese Unternehmerzeitung geschehen ist. Unständige Unternehmer mögen von diesen „Schmarotzerpsionen“ nichts wissen, wenn sie dieselben auch als Berater der Arbeiterschaft brauchen, um ihre schamloseren Wünsche und Ziele zum Durchbruch zu bringen. Das mögen sich auch die „kleinen Kinder“ in der Papierindustrie, die „keine Kollegialität kennen, die sich an den Tisch setzen, den andre gedeckt haben“, gesagt sein lassen: Ihr unkollegiales Verhalten gegenüber ihren eigenen Klassengenossen findet die tiefste Verachtung aller rechtmäßig denkenden Menschen, und wie das Urteil der „Westdeutschen Malerzeitung“ zeigt, werden sie selbst von den Unternehmern verachtet, obwohl sie von diesen als Werkzeuge zur Vertreibung der Unternehmerinteressen gebraucht werden. Diese Tatsache sollte auch diesen Berufskollegen und -kolleginnen Anlaß zum Denken geben, ihnen das Verwertliche ihrer Handlungsweise vor Augen führen. Dann dürften auch sie zu der Erkenntnis kommen, daß auch die Arbeiterschaft mit Ruhe und Standhaftigkeit die Früchte gewinnen kann, die auf dem Baume wachsen, den sie sich selbst gesetzt, und den sie täglich zu hegen und zu pflegen hat! G. St.

„Angemessene Preisaufschläge“ im Papierhandel!

Ein altes Schlagnetz, daß ein kleiner Handel immer noch besser und einträglicher sei, als die schwere und teuer zu bezahlende körperliche Leistung eines Arbeiters, wird durch die dem Papierhandel geneigten Preisaufschläge wieder einmal voll bestätigt. Nach der „Papierzeitung“ gelten als „angemessene“ Preisaufschläge für den Papierhandel folgende Aufschläge:

a) Papiergroßhändel:

1. bei Lieferung über 5000 Kilogramm, die das Lager des Großhändlers nicht berühren, 8 v. H.,
2. bei Lieferungen bis zu 5000 Kilogramm, die das Lager des Großhändlers nicht berühren, 10 v. H.,
3. bei Lieferungen vom Lager des Großhändlers 20 v. H.,
4. bei Lieferungen von Spezialsorten, die erfahrungsgemäß längere Zeit auf dem Lager des Großhändlers liegen und nur in kleinen Mengen verkauft werden, 25 v. H.

b) Kleinhändel:

Angemessene Aufschlag im Schreibwarenhandel 55 v. H.

Beide Aufschläge sind vom Einkaufspreis zu berechnen. Das bedeutet demnach, daß der Preis von der Ablieferung ab Subtrahiert bis zum Papierladen eine Erhöhung von 63 bis 80 Prozent erhält. Trotz dieser unerhörten Preissteigerung durch den Zwischenhandel wird man dem Konsumenten aber immer wieder begierig zu machen suchen, daß die Preiserhöhung eine wirtschaftliche Notwendigkeit ist. Das Überhören an der Verarbeitung ist aber, daß der Händler profit während der Kriegszeit trotz der allgemeinen Preissteigerung aller Papierarten noch wesentlich gegenüber der Friedenszeit erhöht worden ist.

Der „Verband der Fachpreise Deutschlands“ hat am 7. Juni 1913 eine Eingabe an den Staatssekretär des Reichsnährstandes gemacht, daß der Preis von der Ablieferung ab Subtrahiert bis zum Papierladen eine Erhöhung von 63 bis 80 Prozent erhält. Trotz dieser unerhörten Preissteigerung durch den Zwischenhandel wird man dem Konsumenten aber immer wieder begierig zu machen suchen, daß die Preiserhöhung eine wirtschaftliche Notwendigkeit ist. Das Überhören an der Verarbeitung ist aber, daß der Händler profit während der Kriegszeit trotz der allgemeinen Preissteigerung aller Papierarten noch wesentlich gegenüber der Friedenszeit erhöht worden ist.

Der Verband der Fachpreise führt gegen die Preisaufschläge folgende Berechnung zu Felde:

Während im Frieden bei einem Kilogrammpreis von 22 Pf. z. B. der Großhandel mit einem Bruttolösung von 5 v. H. rechnete, also mit einem Bruttolösung von 1,10 Mt. für das Kilogramm und bei einem Aufschlag von 10 v. H. oder bei Lieferung vom Lager von 20 v. H. einen Bruttopreis von 11 bzw. 22 Pf. am Kilogramm haben, daß hiervon also 1000 oder 2000 v. H. des im Frieden üblichen Bruttolösung.“

Bei einer solchen Kriegsverhältnis ist der Protest des Verbandes der Facharbeiter wohl berechtigt. Die Hersteller brauchen sich aber nicht zu wundern, wenn in den Kreisen des Konsumenten die Überzeugung immer mehr an Boden gewinnt, daß der preisverteuernde Zwischenhandel als eine unnötige Belastung des Warenumverkaufs von der Bildfläche verschwinden kann.

Unfälle.

In der Papierfabrik Flensburg geriet der seit neun Jahren dort beschäftigte 57 Jahre alte Arbeiter Carl Clausen in den Trichter einer Beschleunigungsmaschine und wurde vollständig zerstört. Wie der Unfall entstehen konnte, ist nicht festgestellt, da Clausen allein in dem Raum war. Man nimmt an, daß er sich zu weit über den Trichter der Maschine gebeugt hat und das Gleisgerüst verdeckt.

In der Papierfabrik Ostholstein verunglückte der jugendliche Arbeiter Holzmann tödlich.

Zucker-Industrie ***

Höhere Preise.

Wenn die organisierte Arbeiterschaft für höhere Lebensmittelpreise eintreten würde, um nachher Lohnforderungen besser begründen zu können, so würde man eine solche Taktik einfach für unverständlich halten. Solche Unverständlichkeiten lassen sich aber unsre Zuckerindustriellen seit Jahren zuschulden kommen. So haben die Röhzuckerfabrikanten im Herbst 1912 beschlossen, von der Regierung zu fordern, den Preis für einen Zentner Rüben auf 3,75 Pf. zu erhöhen. Bei Kriegsausbruch stand der Rübenpreis noch auf 1 Mt. Unterdessen ist er immer höher gesetzt, stets unter Mithilfe oder auf Anregung der Röhzuckerfabrikanten selbst. Sonderbare Räume, die für Verarbeitung ihrer Rohprodukte eingerichtet. Aber die Sache hat einen Haken. Fordern die Arbeiter höhere Preise für Lebensmittel oder sonstige Bedarfssachen, dann schädigen sie sich selbst. Den Zuckerfabrikanten aber erwächst aus höheren Rübenpreisen ein ansehnlicher Gewinn, weil die Gesellschaften und Aktionäre in sehr vielen Fällen selbst Lieferanten sind. Im Betriebsjahr 1913/14 zum Beispiel wurden verarbeitet 95 517 412 Doppzentner Rüben und 73 882 374 Doppelzentner Eigentümer. Daraus erklärt sich die Vorliebe der Zuckerfabrikanten für hohe Rübenpreise. Sind diese erreicht, dann läuft sich natürlich auch die Forderung auf erhöhten Zuckerpreis besser rechtfertigen. Gleichzeitig mit dem oben erwähnten Antrag auf Festsetzung eines Rübenzentnerpreises von 3,75 Mt. wurde beschlossen, für den Zentner Röhzucker 33 Mt. zu verlangen. Bei Kriegsbeginn stand der Preis auf 9—10 Mt.

Für das Betriebsjahr 1918/19 ist nunmehr der Rübenpreis auf 3 Mt. festgesetzt worden. Mit Rücksicht darauf haben Direktorium und Ausschuß des Vereins der deutschen Zuckerindustrie im Mai 1918 beschlossen, einen Röhzuckerpreis von 30 Mt. zu fordern. Also mit Rücksicht auf den erhöhten Rübenpreis, den sie selbst beantragt hatten. Es ist ein nicht gerade erhabendes Schauspiel, das immer wieder in Szene gesetzt wird. Und die Mittel waren auch nicht immer ganz einwandfrei, die zur Erreichung höherer Rübenpreise in Anwendung gebracht wurden. Selbst der Anbaustreik wurde schon in Aussicht gestellt, um die Regierung gefügig zu machen. Im Vorjahr wurde von der Fachpresse der Zuckerindustrie und von konservativen Tageszeitungen monatelang der Rückgang des Rübenanbaues angeführigt, wenn die vaterländische Pflicht der Interessenten nicht durch Aussicht auf hohe Gewinne aufgestachelt würde. Nachher stellte sich heraus, daß die Fabriken gar nicht imstande waren, die verfügbare Rübenmenge zu bearbeiten. Aber man muß sich nur zu helfen wissen. Viele Rübenbauern verarbeiteten ihren Überschuss an Rüben zu „Stips“. Das ist der bekannte Rübenfaß, von dem man vor dem Kriege ein Pfund für 20 Pf. kaufen konnte. Heute wird diese Ware im freien, d. h. im Schleißhandel zu 3 Mt. pro Pfund abgesetzt. Wollte sich die arme Bevölkerung selbst Rübenfaß kaufen, so mußte sie im vergangenen Herbst für den Zentner Rüben 5—8 Mt. bezahlen. Der amtlich festgesetzte Preis war 2,50 Mt.

Dass die von den Zuckerindustriellen geforderten Rübenpreise immer den Produktionskosten weit vorausseilen, haben berufene Personen und Instanzen öfters betont. So mußte der Vorsitzende im Direktorium des Vereins der deutschen Zuckerindustriellen, Dr. Preißler, in der Generalversammlung des braunschweig-hannoverschen Zweigvereins am 20. Dezember 1916 mitteilen, daß in verschiedenen Kreisen die Ansicht vertreten werde, die Forderungen seien zu hoch. Den gleichen Standpunkt hätten Sachverständige im Kriegsnahrungsamt eingenommen. Auch Direktor Klugge von der Zuckerfabrik Hedwigburg erklärte, eine große Anzahl Vertreter von Handelskammern und aus landwirtschaftlichen Kreisen hielten die geforderten Preise für zu weitgehend. Herr Ambras Dietmann vertrat den Standpunkt: „Wenn wir ... den Nachweis bringen, daß die Erzeugung zurückgeht, dann ist die einzige Möglichkeit (gegeben). D. R. (Red.), daß wir noch etwas erreichen.“

Um diesen Nachweis zu erbringen, werden Statistiken vor genommen. Daß das Ergebnis beeinflußt wird von dem in Aussicht stehenden Gewinn, ist ganz natürlich. Man biete den Landwirten 20 Mt. für den Zentner Rüben, und sie werden fast mit noch jolche anpflanzen. Die verarbeitete Rübenmenge ist bei vielen Fabriken um mehr als die Hälfte zurückgegangen, und doch diese Dividendensteigerung. Die Unternehmen wollen und brauchen tatsächlich Verluste durch den Krieg nicht zu erleiden. Was ihnen an Rinderfleisch entgeht, erhalten sie durch höhere (nach unserer Auffassung durch zu hohe) Bezahlung erhebt. Gleiche Gewinne bei nur halber Produktion bedeuten schon annähernd 100 Prozent Mehrgewinn, dazu kommt noch ein weiterer Mehreverdienst in Form höherer Dividenden. Bei der Arbeiterschaft reicht es heute schon nicht mehr hin, sich plaudern zu kaufen.

Unter der seitherigen Preispolitik haben die Zuckerindustriellen nicht gute Geschäfte gemacht. Dafür ist zu befürchten, daß die Regierung den Drängen der Zuckerfabrikanten auf noch höhere Zuckerpreise ebendas nachgeben wird. Aus der folgenden Zusammenstellung ergibt sich, daß die verarbeitete Rübenmenge im letzten Geschäftsjahr gegen 1913/14 ganz erstaunlich zurückgegangen ist, daß aber die Dividende die entgegengesetzte Tendenz aufweist.

Fabrikat	Bearbeitete Rübenmenge		Verteilte Dividende	
	Januar:	Dezember:	in Prozent:	in Prozent:
	1913/14	1916/17	1913/14	1916/17
Alt-Jauer	1 459 600	749 480	4	20
Anjee	2 635 740	1 084 060	15	23
Annaberg	3 892 773	2 302 287	18	28½
Bennigsen	502 400	272 400	5	16
Camburg	642 400	540 000	6	12
Culmsee	5 144 680	2 288 960	20	20
Fraustadt	1 676 000	*	14	25
Friedland	1 482 636	986 842	10	22½
Glaubitz	1 342 694	903 702	8	19
Hajnau	1 243 400	822 300	5	15
Körbisdorf**	406 262	250 819	4½	13
Lösten	2 750 000	1 362 000	7	10
Kreiswitz	3 084 660	1 152 900	0	15
Wöbau	628 548	266 208	4	6
Marienburg	2 237 100	212 000	0	4
Rauen	6 300 717	3 272 611	15	15
Reu-Dößnitz	1 949 000	731 830	6	15
Reuwer	1 046 900	604 200	0	16½
Opaleniza	4 719 064	2 429 728	15	15
Salzwedel	2 308 500	1 639 100	6	8
Thiede	357 500	217 600	5	19
Trachenberg	1 849 100	561 800	0	6
Tucino	1 934 400	1 249 930	15	23
Wagdhusel	2 705 870	1 296 628	12½	20
Wendeburg	579 800	337 500	6	17½
Wreschen	2 791 500	1 252 994	14	20
Zdyny	1 832 170	685 178	8	9

* Für Fraustadt fehlen Angaben. 1915/16 wurden verarbeitet 983 600 Zentner.

** Körbisdorf hat nur die Eigenröhne angegeben.

Zusammenschluß in der thüringischen Zuckerindustrie.

Mit einem Stammkapital von 22 000 Mt. ist in Weimar die Vereinigte Thüringer Zuckerfabriken, Gelehrte und beschränkte Haftung, gegründet worden, die die Wahrung, Regelung und Durchführung gemeinschaftlicher Angelegenheiten der Zuckerfabriken der Gesellschaft nach außen und untereinander zum Zweck hat. Die Gesellschaft endet am 31. März 1924.

Genossenschaftsbewegung.

Die Kriegsversicherungslösse der Volksfürsorge gewinnt für die Kriegsteilnehmer und ihre Angehörigen bei der immer längeren Ausdehnung des Krieges und der damit verbundenen stärkeren Lebensgefahr täglich mehr an Bedeutung. Jede neue Dienstreise bedeutet für Tausende heute noch gesunde Kämpfer den Tod und hat für die Überlebenden der meisten davon neben dem herben Schmerz um den erlittenen Verlust auch materielle Nachteile im Gefolge. Gegen die letzteren kann man sich bei der Volksfürsorge-Kriegsversicherung leichter richten. Ohne jegliche Schwierigkeiten können in allen Rechnungsstellen der Volksfürsorge für jeden Kriegsteilnehmer bis zu 20 Anteilschein zu je 5 Mt. gelöst werden. Die eingezahlte Gesamtsumme wird am Schluß der Kriegs unter die Hinterbliebenen der Gefallenen und gestorbenen Versicherten verteilt. Sofort nach festgestelltem Tode kann eine Voransichtszahlung im fünffachen Betrage der Einzahlung erhoben werden.

Bis zum 21. Mai 1918 waren für 60 014 Kriegsteilnehmer 92 170 Anteilschein erworben und dafür 460 850 Mt. eingezahlt worden. Bis jetzt waren bis zu diesem Zeitpunkt als tot gemeldet 25 250 Versicherte mit 51 77 Anteilschein, davon im Jahre 1918 611 mit 1385 Anteilschein. In 611 Fällen davon waren 34 610 Mt. als Voransichtszahlung geleistet worden.

Es kann also für den einzelnen Anteil immer noch eine ganz erhebliche Summe zur Auszahlung kommen. Für die Angehörigen von vielen Familien von am Kriege Beteiligten wäre die Erwerbung von Anteilschein nur

